

Vorlage	Vorlage-Nr:	V 2007/049
	Status:	öffentlich
TOP:	AZ:	
	Datum:	21.03.2007
Verschärfung der rechtlichen Rahmenbedingungen der kommunalwirtschaftlichen Betätigung hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.03.2007		
Beteiligte Fachbereiche:		
Verfasser/in:	Bürgermeister Lührmann	
Beratungsfolge:	Sitzungsdatum	Gremium
	28.03.2007	Rat der Stadt Borken

Erläuterung:

Mit dem als **Anlage 01** beigefügten Antrag wendet sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die von der Landesregierung aktuell beabsichtigte Verschärfung der rechtlichen Rahmenbedingungen der kommunalwirtschaftlichen Betätigung und legt dazu den Text einer möglichen Resolution vor.

Bei dem Antrag geht es im Kern um die vorgesehene Neufassung des § 107 der Gemeindeordnung. Wir fügen dieser Sitzungsvorlage deshalb eine synoptische Gegenüberstellung der bisherigen Fassung und der Fassung des Referentenentwurfs zu § 107 Abs. 1 GO bei (**Anlage 02**).

Die geplante Novellierung hat bei den kommunalen Spitzenverbänden zu deutlicher Kritik geführt. Eine gemeinsame Presseerklärung der drei Spitzenverbände ist als **Anlage 03** beigefügt.

Von der inhaltlichen Positionierung zu diesem Gesetzgebungsvorhaben zu trennen ist allerdings die Frage, ob es tunlich ist, diese Frage auch in der Sitzung eines Kommunalparlaments zu behandeln. In diesem Zusammenhang wird insbesondere darauf hingewiesen, dass der Referentenentwurf eines „Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ eine Vielzahl von Regelungen enthält, die gegenwärtig sehr kontrovers diskutiert werden (z.B.: Verlängerung der Amtszeit der kommunalen Hauptverwaltungsbeamten/Einführung eines Ratsbürgerentscheides pp.), und die bislang ebenfalls nicht Gegenstand der politischen Beratungen im Rat

der Stadt Borken waren. Möglicherweise bieten sich diese Themen eher für eine Beratung in den örtlichen Gliederungen der Parteien an.

Anlagen:

Anlage 01 – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Anlage 01a –Resolutionstext

Anlage 02 - Referentenentwurf zu § 107 Abs. 1 GO

Anlage 03 - Presseerklärung der Spitzenverbände